

INTERPELLATION von Susanna Rusca Speck (SP, Zürich), Urs Lauffer (FDP Zürich) und Patrick Hächler (CVP Gossau)

betreffend Organisation der Höheren Berufsbildung im Sozialbereich

Das Einführungsgesetz zum eidg. Berufsbildungsgesetz (EG BBG) sieht neu vor, dass der Kanton höhere Fachschulen führen oder Dritte mittels Leistungsauftrag mit der Führung einer solchen beauftragen kann (§ 28). Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt des Kantons Zürichs (MBA) ist zurzeit daran, aufgrund dieser neuen gesetzlichen Grundlage die Ausbildungsgänge auf Tertiärstufe B zu organisieren.

Anfang 2009 haben sich die relevanten Bildungsanbieter, die bereits heute mit einem kantonalen Leistungsauftrag arbeiten, in einem privaten «Kompetenzzentrum Höhere Berufsbildung im Sozialbereich» (KHBS) zusammengeschlossen und sind daran, ein solches Bildungszentrum auch unter Einbezug der Kindererziehung aufzubauen.

Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt evaluiert parallel dazu aber auch die Möglichkeit eines kantonalen, staatlich geführten Kompetenzzentrums, oder die Erweiterung der bestehenden Zentren im Gesundheitswesen durch den Bereich Soziales. Heute bestehen bereits erfolgreiche Ausbildungsangebote im tertiären Bereich auf privater Ebene.

Die Höhere Berufsbildung ist traditionellerweise in der Schweiz von den Arbeitgeber- und den Berufsverbänden getragen, das hat insbesondere im Gewerbe und im kaufmännischen Bereich zur erfolgreichen Vernetzung von Praxis und Berufsbildung geführt.

Aus diesem Grunde bitten wir den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welchen Stellenwert misst der Regierungsrat den privaten Bildungsangeboten im Bereich der Höheren Berufsbildung im Sozialbereich bei?
2. Besteht die Absicht, den Bereich künftig zu verstaatlichen? Und was sind allenfalls die Gründe dazu?
3. Wie stellt sich der Regierungsrat die Entscheidungsfindung vor? Welche Kriterien wird er seiner Entscheidung zugrunde legen?
4. Wie steht es mit dem zeitlichen Ablauf? Bis wann ist eine diesbezügliche Entscheidung zu erwarten?
5. Erstellt der Regierungsrat einen Kostenvergleich bezüglich einem privaten oder vom Kanton betriebenen Kompetenzzentrum (betreffend Investitions- und Betriebskosten)?
6. Wie weit will der Regierungsrat das grosse Know-how mit gut gewachsene Strukturen im Sozialbereich weiter nutzen und erhalten?

Susanna Rusca Speck
Urs Lauffer
Patrick Hächler

B. Angelsberger	U. Annen	B. Badertscher	R. Büchi	M. Burlet
B. Bussmann	J. Gerber	R. Götsch	G. Guex	B. Johner
P. Kutter	R. Lais	E. Lalli	K. Meier	J. Pinto
L. Schmid	P. Schulthess	P. Seiler	S. Seiz	M. Späth
M. Spring	R. Steiner	T. Vogel	C. Walker	B. Walti